

KANTONALE WAHLEN VOM 25. MÄRZ

Die EVP als Mehrheitspartei?!

Am 25. März 2018 wählen wir im Kanton Bern Regierung und Parlament. Stellen Sie sich einmal vor, die EVP würde einen Erdrutschsieg einfahren! Nachfolgend ein paar Gedanken, was sich dadurch verändern könnte.

Als Mehrheitspartei würde die EVP politische Anliegen dann umsetzen, wenn sie nachhaltig und gerecht sind und einen Nutzen für die Allgemeinheit bringen. Eigenverantwortliches Handeln, Unterstützung von Ehe und Familie, Jugendschutz, beste Bildungsangebote, Solidarität zwischen den Generationen, Einsatz für Benachteiligte und die Bewahrung der Schöpfung wären zentrale Anliegen. Im Rahmen einer verantwortungsvollen Finanzpolitik würden nötige Sparmassnahmen primär auf Effizienzsteigerungen und den Abbau unnötiger Bürokratie zielen. Gegenfinanzierte Steuersenkungen kämen auch kleineren Unternehmen und dem Mittelstand zugute. Ausgeglichene Finanzen wären selbstverständlich.

Mit der EVP als Mehrheitspartei würde nicht alles besser, aber ganz bestimmt würde lösungs- und sachorientierter politisiert. Statt in ideologischen Grabenkämpfen zu verharren, würden konkrete Wege zum Wohle der Allgemeinheit gesucht; Lösungen erarbeitet,

die den Kanton strukturell stärken und vorwärtsbringen. Der Kanton Bern würde schweizweit Vorbild für eine wertorientierte Politik. Ein schöner Traum? Nun, die EVP wird am 25. März keinen Erdrutschsieg erringen. Aber mit Ihrer Stimme werden die Gross-

ratsmitglieder der EVP weiterhin nach Kräften dazu beitragen, dass die bernische Politik den Menschen und das Allgemeinwohl in die Entscheide einbezieht. Merci vielmals, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Ruedi Löffel / Philippe Messerli



Heute sind zwölf EVP-Grossratsmitglieder im Rathaus aktiv.

AZB 3001 Bern
DIE POST

REGIERUNGSRATSWAHLEN VOM 25. MÄRZ

Hans Kipfer will Polarisierung überwinden

Bei der Regierungsratswahl bietet die EVP den Wählenden eine Alternative zwischen den Blöcken. EVP-Grossrat und Gastronom Hans Kipfer über seine Beweggründe.

tischen Erfahrung im Finanzbereich – Finanzen sind aktuell das alles beherrschende Thema – kann ich zur Weiterentwicklung des Kantons beitragen.

Was würdest du anders machen als die bisherigen Regierungsmitglieder?

Sehr wichtig ist es mir, das Miteinander und die Solidarität im Kanton zu erhalten und zu stärken. Die EVP als christliche Mittepartei symbolisiert dieses



Regierungsratskandidat Hans Kipfer

Anliegen ganz besonders. Ich will als Vermittler zwischen linken und rechten Positionen fungieren. Interview: Philippe Messerli

Parolen zum 4. März 2018

	Neue Finanzordnung 2021	JA
	Abschaffung der Radio/TV-Gebühren (No Billag)	NEIN
	Lehrpläne vors Volk	NEIN
	Tram Bern-Ostermundigen	JA

Infos: www.evp-be.ch und
www.evppbev.ch/abstimmungen

Die EVP stellte noch nie einen Regierungsrat. Warum solltest gerade du es schaffen?

Der Sprung in die Regierung ist für Mitteparteien generell sehr schwierig. Es bräuchte aber genau uns Mittepolitiker, um Blockierung und Polarisierung zu überwinden. Mit meiner poli-

Mehr EVP im Grossen Rat!

Die Debatten zum «Entlastungspaket 2018» und zum Sozialhilfegesetz in der vergangenen Novembersession des Grossen Rates waren teilweise deprimierend. So wurden einige schmerzhaft



Philippe Messerli

Einsparungen in den Bereichen Bildung, Soziales, Prävention, Betreuungsqualität und bei Behinderten beschlossen.

Die EVP verschliesst die Augen vor der Realität nicht. Sparmassnahmen sind nötig, umso mehr, als sich der kantonale Finanzhaushalt in einem labilen Gleichgewicht befindet. Es darf aber nicht sein, dass der Grosse Rat «Spar»-Massnahmen bei den schwächsten Mitmenschen beschliesst, um die gewinnstärksten Unternehmen steuerlich zu entlasten. Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik sieht anders aus. Vielmehr braucht es gezielte Einsparungen und Effizienzsteigerungen auf Verwaltungsebene, wie dies zum Beispiel ein vom Parlament überwiesener Vorstoss von EVP-Grossrat und -Regierungskandidat Hans Kipfer fordert. Leider drang die EVP im Grossen Rat mit ihren Anträgen gegen «Spar»-Massnahmen bei Prävention, Betreuungsqualität und Bildung selten durch. Auch die EVP-Forderung, KMU steuerlich zu entlasten, fand keine Mehrheit. Die Debatten im Grossen Rat haben uns einmal mehr vor Augen geführt, dass es mehr Politikerinnen und Politiker braucht, die sich im Sinne des Evangeliums für mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Selbstbeschränkung, Glaubwürdigkeit und Nächstenliebe einsetzen. Es braucht definitiv mehr EVP im Grossen Rat! Am 25. März 2018 haben Sie die Wahl!

Philippe Messerli, Grossrat und Geschäftsführer EVP BE

EVP weiter im Aufwind

Die EVP kann auf einen erfreulichen Wahlherbst zurückblicken. In fast allen Gemeinden konnte sich die EVP bei den vergangenen kommunalen Wahlen halten oder sogar zulegen.

Sitzgewinne gab es bei den Gemeinderatswahlen in Büren a. A. und Nidau zu feiern, in Köniz, Langnau und Münsingen konnten zusätzliche Parlamentssitze gewonnen werden. Zudem wurde in Grosshöchstetten mit Christine Hofer von der EVP erstmals eine Frau als Gemeindepräsidentin gewählt.

Büren a. A. Barbara Stotzer-Wyss Gemeinderat (neu)	Fraubrunnen Martin Schär Bildungskommission (bisher)	Frutigen Markus Grossen Gemeinderat (neu)	Grosshöchstetten Christine Hofer Gemeindepräsidentin (neu)	 Raymond Beutler Gemeinderat (bisher)	Herzogenbuchsee Denise Arni Bildungskommission (neu)	Jegenstorf Robert Alder Gemeinderat (bisher)
Köniz Katja Niederhauser Parlament (bisher)	 Bernhard Zaugg Parlament (bisher)	 Matthias Müller Parlament (neu)	Konolfingen Hansjörg Kurt Gemeinderat (bisher)	Langnau Martin Kohler Parlament (bisher)	 Christoph Utiger Parlament (bisher)	 Silas Kipfer Parlament (neu)
Lyss Sara Schnegg Parlament (bisher)	 Hans-Ulrich Bourquin Parlament (bisher)	 Jürgen Gerber Parlament (bisher)	Nidau Philippe Messerli Gemeinderat (neu)	 Paul Blösch Parlament (bisher)	 Joel Hauser Parlament (neu)	Studen Stefan Gerber Gemeinderat (bisher)
Münsingen Werner Fuchser Gemeinderat (neu)	 Dieter Blatt Parlament (bisher)	 Rebecca Renfer Parlament (neu)	 Peter Gugger Parlament (neu)	 Lukas Renfer Parlament (neu)	Oberdiessbach Hanspeter Schmutz Gemeinderat (bisher)	Thunstetten Christine Grogg Gemeinderat (bisher)

Die Gemeindewahlen im Überblick

Adelboden: GR 0 (-1) (2017 mangels Kandidierenden keine Wahlteilnahme). **Amsoldingen:** GR 1 (=) (Majorz). **Büren a. A.:** GR 1 (+1) 15,0% (+15,0%, 2017 eigene Liste). **Fraubrunnen:** GR 0 (=) / 10,6% (+2,9%), Kommissionen 1 (=). **Frutigen:** GR 1 (=) / 10,6% (-4,4%). **Grosshöchstetten:** GR 1 (-1) + Gemeindepräsidium / 22,5% (-1,7), Kommissionen 3 (=). **Herzogenbuchsee:** GR 0 (=) / 5,0% (-2,1%), Kommissionen 1 (=). **Jegenstorf:** GR 1 (=) / 13,2% (-0,7%), Kommissionen: 1 (=). **Köniz:** GR 0 (=) / 5,8% (+1,1%), Parlament: 3 (+1) / 6,3% (+0,7%). **Konolfingen:** GR 1 (=) / 14,8% (-0,2%). **Langnau:** GR 0 (=) / (2017 eigene Liste), GGR 3 (+1) / (2017 eigene Liste); **Lyss:** GR 0 (=) GGR 3 (-3). **Matten:** GR 0 (=) / 7,8% (-1,7%). **Münsingen:** GR 1 (=) / 13,0% (-1,2%), GGR 4 (+1) / 11,4% (+0,2%). **Nidau:** GR 1 (+1) / 10,3% (+3,0%), Stadtrat 2 (=) / 7,7% (+1,2%). **Oberdiessbach:** GR 1 (=) / 15,0% (+2,5%), Kommissionen 2 (=). **Port:** GR 0 (=) 7,8% bei erstmaliger Teilnahme. **Thunstetten:** GR 1 (=) / 21,2% (+0,2%), Kommissionen 3 (+1). **Studen:** GR 1 (=) Stefan Gerber wurde auf einer SP-Liste in den Gemeinderat wiedergewählt. **Wohlen:** GR 0 (=) / 3,0% (+0,3%).

GR = Gemeinderat; GGR = Grosser Gemeinderat

Nein zu «No Billag»

Die Delegierten der EVP Schweiz und der EVP Kanton Bern haben die sogenannte «No-Billag-Initiative» beide sehr wuchtig abgelehnt.

Im Gegensatz zu anderen Initiativen, über deren Umsetzung man diskutieren kann, ist die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» glasklar formuliert und lässt kaum Spielraum bei der Umsetzung offen:

1. «Der Bund versteigert regelmässig Konzessionen für Radio- und Fernsehen.» Dies bedeutet im Klartext, dass bei Annahme der Initiative diejenigen eine Konzession erhalten, die am meisten dafür bezahlen können. Reiche Interessvertreter kämen zum Zug.
2. «Der Bund subventioniert keine Radio- und Fernsehstationen mehr.» Damit dürften die SRG und auch private Fernseh- und Radiostationen kein Geld mehr vom Bund erhalten. Viele müssten liquidiert werden.

3. «Der Bund und durch ihn beauftragte Dritte dürfen keine Empfangsgebühren mehr erheben.» Radio und Fernsehen würden, da nicht mehr alle solidarisch mittragen, zum Luxusartikel.

Für die EVP sprechen folgende Argumente gegen die Initiative:

- Sie gefährdet den nationalen Zusammenhalt. Fernseh- und Radioprogramme könnten in der heutigen Qualität ausserhalb der Deutschschweiz kaum mehr produziert werden. Die vorhandene Vielfalt an Radio- und Fernsehstationen könnte auch in der Deutschschweiz nicht aufrechterhalten werden. Sendungen würden von

Quoten und Klicks gesteuert.

- Kirchliche Sendungen wie «Fenster zum Sonntag», die Radio-predigt oder das «Wort zum Sonntag» wären nicht mehr finanzierbar und müssten eingestellt werden. Auch Radio Life Channel und der ERF müssten auf ihre Teilfinanzierung durch Gebühren verzichten.
- Für eine funktionierende direkte Demokratie braucht es auch Radio- und Fernsehstationen, die durch die Verfassung der Ausgewogenheit verpflichtet sind.



Barbara Streit

Ein Nein zu «No Billag» ist daher für die EVP ein Muss.

Barbara Streit-Stettler
Grossrätin, Bern

Spendenbarometer

Wahlkosten total:	Mittel im Wahlfonds:
220 000.-	45 000.-
Benötigte Spenden:	Stand 31. Dez. 2017:
175 000.-	160 046.-

Kantonale Wahlen 2018

Am 25. März 2018 werden der Grosse Rat und der Regierungsrat neu gewählt. Ziel der EVP ist es, mindestens die 12 bisherigen Grossratsmandate zu halten und wenn möglich einen zusätzlichen Sitz zu gewinnen. Zur Finanzierung der erforderlichen Werbemittel benötigen wir noch Spenden in der Höhe von Fr. 14 954.-. Die EVP ist auf Ihre Mithilfe ganz dringend angewiesen und dankt Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung!

EVP Kanton Bern
PC 30-20312-1

Ja zur Finanzordnung 2021

Die Finanzordnung 2021 hat zum Ziel, die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und aus der direkten Bundessteuer und damit den Bundeshaushalt bis 2035 zu sichern.



Thomas Leiser

Die geltende Finanzordnung des Bundes beschränkt die Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer bis Ende 2020. Die Einnahmen aus den beiden Steuern belaufen sich jährlich auf

42 Milliarden Franken, was mehr als 60% des Bundeshaushaltes entspricht. Ohne diese Erträge könnte der Bund seine Aufgaben nicht mehr im bisherigen Umfang weiterführen.

Mit dem Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021 soll die Befugnis zur Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer für weitere 15 Jahre bis 2035 verlängert werden.

Angesichts der Wichtigkeit der beiden Steuern war die Verlängerung im Bundesparlament unbestritten. Hingegen wurden Anträge, die auf eine Aufhebung oder auf eine Verkürzung der Befristung zielten, klar abgelehnt. Die EVP Schweiz und die EVP Kanton Bern heissen die Finanzordnung 2021 einstimmig gut.

Thomas Leiser, Grossrat, Worb

Dreiköniginnentreffen

Mit einem exklusiven Brunch und dem Thema Fruchtbarkeit startete am 6. Januar das Frauennetzwerk der EVP Kanton Bern ins neue Jahr.

Beim jährlichen Dreiköniginnentreffen trafen sich 25 Frauen in gemütlicher Atmosphäre im Vineyard-Bistro in Bern, um dem Referat der Präsidentin der EVP Stadt Bern, Bettina Jans-Troxler, zu lauschen.

Die Beraterin für «Natürliche Empfängnisregelung» stellte als Alternative zur Verhütungsindustrie oder Fruchtbarkeit einen Überblick über neue und herkömmliche natürliche Verhütungsmethoden vor. Die Fruchtbarkeit – ein Geschenk von Gott – stehe heute im gesellschaftlichen Spannungsfeld von Natürlichkeit und Machbarkeit, sagte sie. Während für die einen unerwünscht

und störend, ist fruchtbar zu sein für andere zum Lebensinhalt geworden. So verschieden Frauen sind, so verschieden sind ihre Lebenssituationen und entsprechend ihre Einstellung zur Fruchtbarkeit.

Doch die Biologie funktioniert bei allen gleich. Viele der Anwesenden waren zwar aus dem «Kinderwunschalter» heraus, können aber das Gehörte an die jüngere Generation weitergeben. Als Gast begrüsst das Frauennetzwerk Dorothea Forster, die Präsidentin des Dachverbands Evangelischer Frauen Schweiz, die über die Ziele und die Arbeit ihres Verbandes informierte.



Bettina Jans-Troxler

Susanne Gutbrod-Kunkler



Schule nicht verpolitisieren

Die EVP Kanton Bern empfiehlt ein klares Nein zur sachlich nicht haltbaren Volksinitiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!».

Die Lehrplaninitiative fordert, dass rückwirkend auf den 1. Januar 2017 der Erlass und die Einführung aller Lehrpläne und Lehrplanteile der Volksschule vom Grossen Rat genehmigt werden müssen und damit referendumsfähig wären. Eingereicht wurde die Initiative von erklärten Gegnern des Lehrplans 21.

Die EVP ist aus folgenden Gründen gegen diese Initiative:

- Das Volksschulgesetz regelt

die Aufgaben und Ziele der Volksschule und gibt klare Rahmenbedingungen für den Lehrplan vor. Die demokratisch vom Volk gewählten Parlamentarier/innen gestalten diese Gesetzgebung mit. Das ist demokratisches Mitspracherecht.

- Ein Fachgremium aus praktizierenden Lehrpersonen, Fachdidaktiker/innen, und anderen Fachleuten entwickelt den Lehrplan. Die Öffentlichkeit wird im Rahmen von Hearings

und Vernehmlassungen miteinbezogen.

- Ein Lehrplan ist ein Planungsinstrument, nicht ein Gesetzbuch. Es liegt an den Lehrpersonen, dass die Lerninhalte gut vermittelt werden.
- Es ist unvorstellbar, dass ein Parlament pädagogische Inhalte eines Lehrplanes diskutieren soll. Hier fehlt dem Parlament (und auch dem Volk) die nötige fachliche Kompetenz. Ein pädagogisches Fachwerk würde verpolitisiert.
- Eine Annahme der Initiative könnte zur Folge haben, dass auch andere Lehrpläne, wie

die der Gymnasien, der Berufsbildung usw., im Parlament besprochen und genehmigt werden müssten.

- Die Einführung des Lehrplans 21 ist fast abgeschlossen. Ein Abbruch hätte enorme Kostenfolgen und würde grosse Verunsicherung in den Schulen auslösen.



Christine Grogg

Christine Grogg
Grossrätin Bützberg

Tram Bern–Ostermundigen

Die EVP Kanton Bern befürwortet den kantonalen Kredit für das verkehrspolitisch wichtige Tram Bern–Ostermundigen.

Die Gemeinden Ostermundigen und Bern sowie das Kantonsparlament haben ja gesagt zum Tram Bern–Ostermundigen

und ihren jeweiligen Kostenanteilen. Wegen des Referendums zum Beschluss des Grossen Rates



Renate Bolliger

wird das Projekt nun noch den Stimmberechtigten des Kantons vorgelegt.

Kapazitätsprobleme

In Ostermundigen fand in den letzten Jahren ein enormer Wohnungsbau statt. Die Einwohnerzahl stieg seit 2005 um rund 2500 an und steigt weiter. Die Buslinie 10 ist hoffnungslos überlastet. Um dem Andrang einigermaßen Herr zu werden, wurde in den Spitzenzeiten bereits vom 3- auf den 2-Minuten-Takt umgestellt. Eine so hohe Dichte von Bussen verlangsamt den motorisierten Individual-

verkehr drastisch und führt zu Staus. Das Tram würde diese Lage entspannen. Es hat eine viel höhere Transportkapazität als ein Bus könnte so zu Beginn im 6-Minuten-Takt fahren. Bei Bedarf könnte er später auf 5 oder 4 Minuten erhöht werden.

Zweckmässige Linienführung

Im Rahmen der Zweckmässigkeitsbeurteilung «ÖV Ostermundigen» wurden für das abgelehnte Projekt «Tram Region Bern» zahlreiche Linienführungsvarianten und Verkehrsmittel ausführlich geprüft, darunter Bus- und S-Bahn-Varianten sowie die Linienführung via Guisanplatz. Diese Beurteilungen sind nach

wie vor gültig und die Linienführung deshalb richtig. Für den Anschluss des Rüti-Quartiers ist ein Shuttlebus vorgesehen. Dass auf Stadtboden eine grössere Anzahl Alleebäume gefällt werden muss, ist unumgänglich. Allerdings werden nach den Bauarbeiten mehr Bäume gepflanzt, als gefällt werden müssen. Auch namhafte Naturschutz- und Umweltorganisationen stehen hinter dem Tram, weil es von der Umweltbelastung her die beste Lösung ist.

Die EVP empfiehlt deshalb am 4. März ein mutiges Ja zum Tram Bern–Ostermundigen.

Renate Bolliger
GGR-Mitglied Ostermundigen

AUGENBLICK

Positionspapiere

Im Moment boomen die politischen Positionspapiere zum Islam. Nicht nur die SVP und die SP, sondern auch die CVP versuchen sich in Position zu bringen. Ja, auch als EVP Schweiz haben wir uns dem Thema angenommen; allerdings bereits 2005! Heute arbeiten wir in

einer Fachgruppe «Religion, Kultur und Gesellschaft» breiter als nur zum «Reizthema» Nummer 1. Mir ist aufgefallen, dass sich die grossen Parteien nicht sehr proaktiv verhalten. Es geht ihnen vor allem



Grossrat Marc Jost

darum, die negativen Auswirkungen des Islamismus zu bekämpfen. Die SVP schreit «Null Toleranz!», und die CVP schüttet das Kind mit dem Bade aus, wenn sie ein Kopftuchverbot in Schulen fordert. Jetzt ist eine tiefgründige Reflexion und die Entwicklung einer Religionspolitik angesagt. Diese muss langfristig angelegt sein und auf die Förderung des Religionsfriedens und die Stärkung der Religionsfreiheit zielen. Natürlich gilt dem Islam

ein besonderes Augenmerk, aber es geht um viel mehr. Religion hat insgesamt einen schweren Stand in unserer Zeit. Und die vielen positiven Auswirkungen von Glaube und Spiritualität gehen vergessen. Deshalb widmet sich die EVP-Fachgruppe dem christlichen Erbe, einer Charta der Religionen sowie einer neuen Wertschätzung von Religion in der Öffentlichkeit.

Marc Jost, Grossrat, Thun

Monsterdebatten mit klaren EVP-Positionen

Viele sehr wichtige und folgenschwere Geschäfte prägten die letzte Grossrats-session im Jahr 2017. Die klaren Positionen der EVP-Fraktion illustrieren, welche Politik die Wählenden erwarten dürfen, wenn sie am 25. März die EVP unterstützen.

Mit dem «Entlastungspaket 2018» wollte die Regierung 185 Millionen Franken einsparen, um Steuersenkungen für Grossfirmen zu finanzieren. **Barbara Streit** und **Hans Kipfer** sprachen sich namens der EVP konsequent gegen sogenannte Sparvorschläge aus, welche die Prävention schwächen, die Betreuungsqualität bei hilfsbedürftigen Mitmenschen herabsetzen oder zu Bildungsabbau führen. Ziel der EVP war es, die Steuern um rund 45 Millionen Franken weniger zu senken, um dafür Menschen in herausfordernden Situationen nicht zusätzlich zu belasten. Leider fanden viele EVP-Anträge bei der Mehrheit kein Gehör. Erfreulicherweise konnte die EVP-Fraktion aber einen Beitrag zur Rettung der kirchlichen Ehe- und Familienberatung und



Die EVP-Fraktion im Rathaus, v. l. n. r.: Markus Wenger, Martin Aeschlimann, Christine Grogg, Marc Jost, Melanie Beutler-Hohenberger, Thomas Leiser, Barbara Streit-Stettler, Tom Gerber, Christine Schnegg, Ruedi Löffel, Philippe Messerli, Hans Kipfer.

der Schuldenberatung Berner Oberland wie auch für die Einführung eines Lastenausgleichs unter den Familienausgleichskassen leisten. In der Steuerratsdiskussion setzte sich Hans Kipfer vehement dafür ein, nicht nur Grossfirmen, sondern auch KMU-Betriebe zu entlasten. Die Steuerpolitik des Kantons solle sich weniger an Steuervergleichen als an der Situation im Kanton orientieren. Auch dieses EVP-Anliegen wurde von der Grossratsmehrheit vom Tisch gewischt. Die EVP-Linie war in der ganzen Finanzdebatte klar: ausgeglichene Kantonsfinanzen, keine neuen

Schulden und eine effiziente, möglichst schlanke Verwaltung. Dank Abwechslern bei der BDP gelang es, zusätzliche Steuersenkungsforderungen von SVP, FDP und EDU und damit weitere «Sparmassnahmen» abzuwenden.

Weitere Schwerpunkte

Bei der Beratung des Sozialhilfegesetzes beschloss das Parlament eine 8%-Kürzung für alle. Dies obwohl es bereits heute möglich ist, nicht kooperierenden Sozialhilfebeziehenden die Leistungen um bis zu 30% zu kürzen. EVP-Grossrätin **Melanie Beutler** kämpfte vergeblich dagegen, alle Menschen in der

Sozialhilfe unter Generalverdacht zu stellen und mit dieser Kürzung zu bestrafen. Im umstrittenen BKW-Beteiligungsgesetz setzte sich die EVP erfolgreich dafür ein, dass der Kanton Mehrheitsaktionär bleibt. Die Stromversorgung sei zu wichtig, um sie in fremde Hände zu geben. Erfreulicherweise überwies der Grosse Rat auch einen Vorstoss von EVP-Unternehmer **Markus Wenger** für ein Finanzierungskonzept zur Austragung der nationalen Berufsmeisterschaften SwissSkills in Bern.

Ruedi Löffel, Grossrat

Wintersession 2017

Zu Sessionsbeginn hat mein neuer Sitznachbar Nik Gugger voll motiviert und mit Elan den Platz von Maja Ingold eingenommen. Wöchentlich standen wir unserem EVP-Kommunikationschef Red und Antwort zum Sessionsverlauf. Die Videos dazu finden Sie auf www.evpev.ch.

In der zweiten Sessionswoche sollten verschiedene überwiesene Parlamentarische Initiativen (Palv) für mehr **Transparenz** ins Parlamentsgesetz eingebettet werden. Dass ausgerechnet CVP-Präsident Gerhard Pfister mit Unterstützung der ganzen Fraktion meine von beiden Räten überwiesene Palv zur Offenlegung der Arbeitgeber gebodigt hat, enttäuschte mich massiv. Die

CVP wehrt sich gegen jegliche Transparenz. Auf eine Dringliche Anfrage zur Halbierung der **No-Touch-Time** von 10 auf 5 Minuten (d.h. nach Feststellung des Herztodes müssen nur noch 5 Minuten gewartet werden, bis die Organe zur Transplantation entnommen werden dürfen), bekam ich sehr unbefriedigende Antworten vom Bundesrat. Bedenklich ist,



Die neue EVP-Vertretung im Nationalrat: Nik Gugger (ZH) und Marianne Streiff-Feller (BE).

dass diese Verkürzung nach der Revision des Transplantationsgesetzes einfach auf dem Verordnungsweg eingeführt wurde, ohne Vernehmlassung und ohne breite Diskussion auch in Fachkreisen darüber. Mit einer Motion beauftrage ich den Bundesrat, in Zusammenarbeit mit den Kantonen Grundsätze und Rahmenbedingungen für die **Sozialhilfe** zu definieren. Die

Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) erweisen sich als wenig verbindlich, da zu wenig demokratisch legitimiert. Zunächst sollen die Kantone eigenständig ein Konkordat erarbeiten können. Scheitert dies, soll der Bundesrat ein Rahmengesetz für die Sozialhilfe vorlegen.

Marianne Streiff-Feller
Nationalrätin, Urtenen-Schönbühl

Engagierte EVP-Grossratsfraktion

Grossratswahlen
25. 3. 2018



Förderung der Familien

Auch in der letzten Legislatur habe ich vor allem Vorstösse im Gesundheits- und Sozialbereich (mit-) eingereicht und unterstützt. Nach wie vor liegt mir die Unterstützung und Förderung der Familien sehr am Herzen. Daher forderte ich vom Regierungsrat erfolgreich eine Neu-Priorisierung der Unterstützungsmassnahmen für Familien, nachdem die im Familienkonzept geplante Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien aus finanzpolitischen Gründen durch die Ratsmehrheit abgelehnt worden war.

Christine Schnegg, Grossrätin und Präsidentin EVP Kanton Bern, Lyss

Landeskirchengesetz und überwiesene Postulate

Als Historiker, Politologe und Generalist interessieren mich besonders Grundsatzfragen unseres Staatswesens. So war ich als Mitglied der Grossratskommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen u. a. aktiv an der Ausarbeitung des neuen Landeskirchengesetzes beteiligt. Es sieht eine Entflechtung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat vor und regelt die Finanzierung der drei Landeskirchen. Als Postulate überwiesen wurden zudem meine Vorstösse zur Aufhebung des Kaminfeigermonopols, zur Förderung von Organtransplantationen und zur Verhinderung von Juxkandidaturen bei zweiten Wahlgängen.

Philippe Messerli, Grossrat, Gemeinderat, Nidau



Jugendschutz und ausgeglichene Finanzen

Nach wie vor liegen mir der Jugendschutz im Bereich der legalen und halblegalen Drogen und ausgeglichene Staatsfinanzen sehr am Herzen. Vorstösse habe ich mit eingereicht für einen Vaterschaftsurlaub, für einen Mobility-Pricing-Test, für syrische Flüchtlinge, für ein faireres Grossratswahlverfahren, für eine bessere Mitsprache des Grossen Rates bei der Einführung des Lehrplans 21 und dafür, dass Familien, die ihre Kinder selber betreuen, bei der Prämienverbilligung nicht benachteiligt werden.

Ruedi Löffel, Grossrat, Münchenbuchsee



Eigenverantwortung und Menschenwürde

Als Kleinunternehmer liegen mir die Anliegen der KMU und der Wirtschaft am nächsten. Es gilt Sorge zu tragen zu den KMU, zur Wettbewerbsfähigkeit und zu einem funktionierenden Wettbewerb. Ich engagiere mich dafür, dass Eigeninitiative und Eigenverantwortung gestärkt und die Bürokratie reduziert wird. Weiter will ich eine Stimme für die Schwachen in unserer Gesellschaft sein. Die Würde jedes Menschen – gerade auch im Migrations-, Asyl- oder Sozialwesen – soll unantastbar bleiben.

Thomas Leiser, Grossrat, Worb



Stabile Finanzen mit Rücksicht auf die Schwachen

Als Mitglied der Finanzkommission setzte ich mich für stabile Finanzen und gegen Steuersenkungen auf dem Buckel von Schwachen und Benachteiligten ein. Leider wurde meine Motion «Steuergelder sparen und Innovation fördern mit dem offenen Austausch von Behörden-Daten und -Software» nur zum Teil angenommen und der automatisierte freiwillige Direktabzug der Steuern vom Lohn gänzlich abgelehnt. In der nächsten Legislatur werde ich diese Anliegen erneut anpacken. Als Postulat angenommen wurde unser Begehren, für die Olympischen Winterspiele 2026 eine Volksabstimmung durchzuführen.

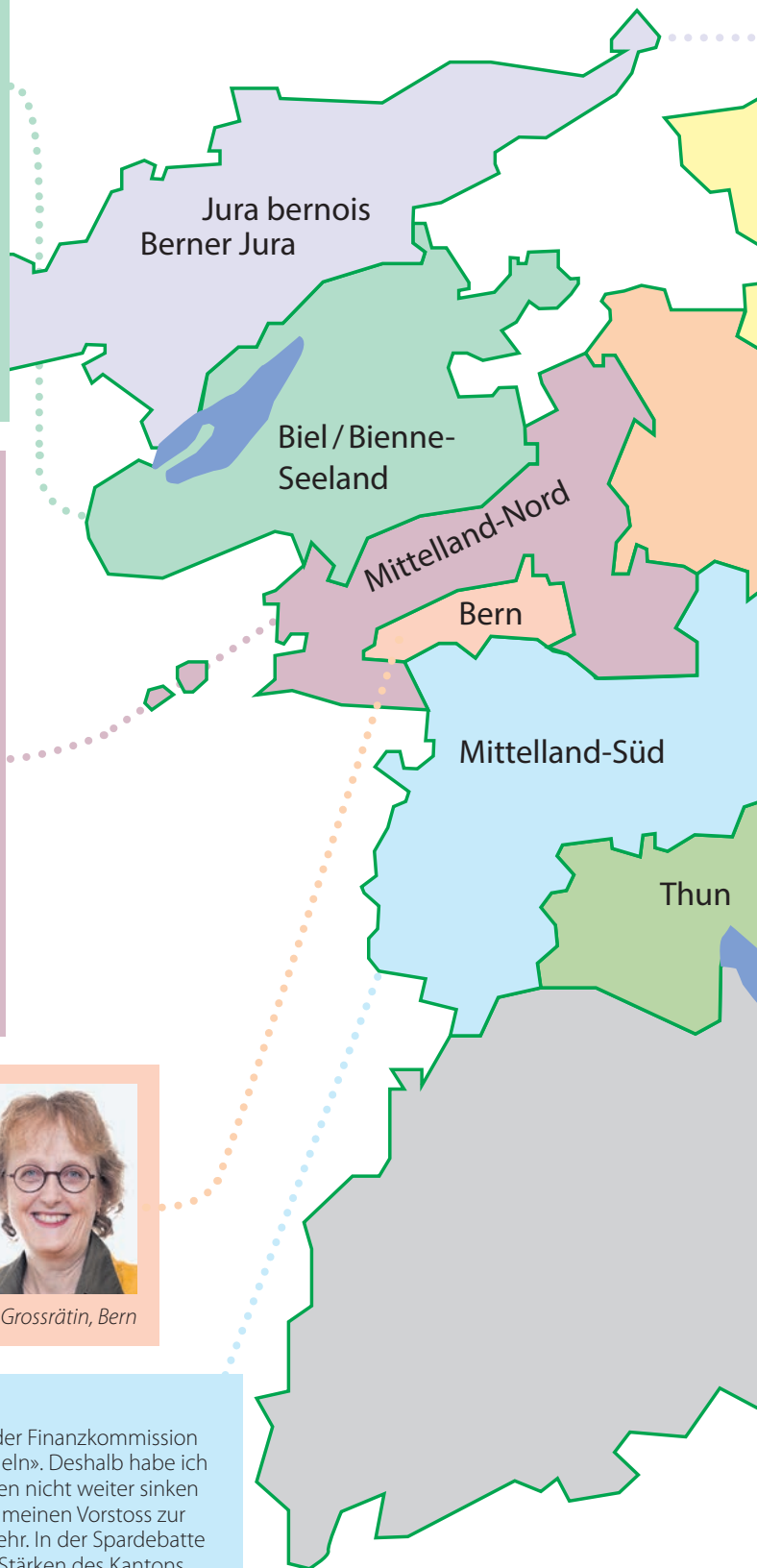
Barbara Streit-Stettler, Grossrätin, Bern



Unternehmerisch denken – sozial handeln

Als Unternehmer im Schlossgut Münsingen und Ausschussleiter in der Finanzkommission leitet mich mein Motto «unternehmerisch denken heisst sozial handeln». Deshalb habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Krankenkassenprämien-Verbilligungen nicht weiter sinken und deren Ausrichtung möglichst gerecht erfolgt. Der Rat überwies meinen Vorstoss zur Effizienzüberprüfung und -steigerung der Verwaltung mit klarem Mehr. In der Spardebatte setzte ich mich für den Schutz der Schwächsten und den Erhalt der Stärken des Kantons ein. Ein nachhaltiger Tourismus und die soziale Integration in der Wirtschaft sind mir wichtig.

Hans Kipfer, Grossrat, Regierungsratskandidat, Münsingen



Le groupe parlementaire engagé du PEV

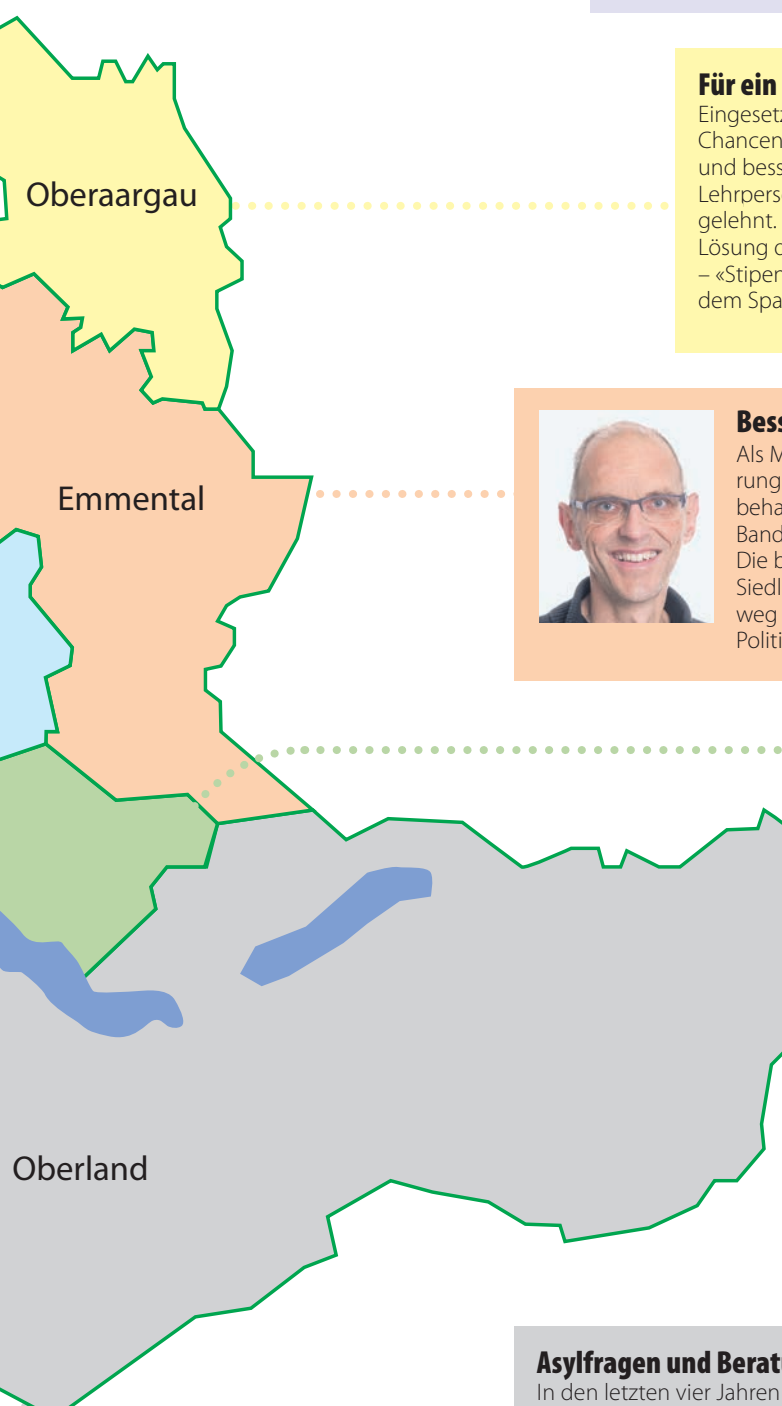
**Elections
au Grand Conseil
25. 3. 2018**



Tom Gerber, député au Grand Conseil, Reconvilier

Jura bernois, agriculture, formation et intégration

Ma législature a été courte puisqu'elle a débuté en septembre 2017. Cette période aura surtout servi d'apprentissage: que ce soit le fonctionnement de la fraction, du parlement, les autres députés, etc. Je vais poursuivre mon engagement pour les intérêts du Jura bernois, de l'agriculture et de la formation et je vais particulièrement m'intéresser à l'intégration et l'occupation des migrants et des personnes à l'aide sociale. La gestion efficace des ressources du canton me tient à cœur.



Für ein gutes Bildungsangebot

Eingesetzt habe ich mich vor allem für Bildungsanliegen wie die folgenden: Chancengerechtigkeit für Schüler/innen: Keine Kürzung der IBEM-Lektionen und besseres Betreuungsverhältnis im Kindergarten. – Berufseinstiegende Lehrpersonen: Leider wurden kurzfristige Verbesserungsmaßnahmen abgelehnt. – Fachhochschulkonzentration: Unterstützung der pragmatischen Lösung der Regierung (Konzentration in Bern und Techlab in Burgdorf). – «Stipendien statt Sozialhilfe»: Diese Massnahme fiel glücklicherweise nicht dem Sparhammer zum Opfer.



Christine Grogg, Grossrätin, Gemeinderätin, Bützberg

Bessere Gesetze zu Bau und Energie

Als Mitglied der Bau- und Planungskommission hatte ich die Gelegenheit, die Änderungen des kantonalen Baugesetzes und des Energiegesetzes an vorderster Front zu behandeln. Auch wenn die Anpassungen zu diesen wichtigen Gesetzen mit harten Bandagen geführt wurden, konnte sich der Rat auf einige Fortschritte verständigen. Die bauliche Entwicklung wird zukünftig weitgehend innerhalb der bestehenden Siedlungsgrenzen erfolgen. Und die Energiepolitik des Kantons bewegt sich langsam weg von den fossilen zu den erneuerbaren Energien. Immerhin. Politik ist oft ein Weg der kleinen Schritte.

Martin Aeschlimann, Grossrat, Burgdorf

Ratspräsidium und vielfältiges Engagement

Nach meinem gut gelungenen Jahr als Grossratspräsident habe ich mich in der Sicherheitskommission des Parlaments für verantwortungsbewusste Lösungen im Asylbereich, im Polizeigesetz und im Justizvollzug eingesetzt. In Vorstössen habe ich mich für eine Besserstellung von Freikirchen (Anerkennung), gegen Kürzungen in der Bildung sowie für innovative Lösungen (Digitale Dörfer) zur Stärkung von Randregionen eingesetzt. Schliesslich konnte ich die Teilfinanzierung der Schuldensanierungsstelle in Thun sichern.

Marc Jost, Grossrat, Thun

Gute Betreuung von Alten, Kranken und Kindern

Eine Legislaturbilanz wirkt wie der persönliche Jahresrückblick immer auch etwas reinigend. Man überlegt sich, wo die eigenen Talente und Kräfte eingesetzt wurden, ob sie zielführend waren und mitunter auch, ob die Resultate Gott wohlgefällig sind. Rückblickend kann ich sagen, dass ich mich freue, in den letzten vier Grossratsjahren z.B. bei der Palliative Care, der bezahlbaren medizinischen Grundversorgung und der Ferienbetreuung von Schulkindern meine Spuren hinterlassen zu haben. Möge dies den betroffenen Menschen dienen und vor Gott Bestand haben.



Melanie Beutler-Hohenberger, Grossrätin, Gwatt

Asylfragen und Beratungsstellen

In den letzten vier Jahren durfte ich die Sicherheitskommission des Grossen Rats leiten. Besonders in Asylfragen war diese in zwei fast gleiche Lager geteilt. Die Leitung der Sitzungen war anspruchsvoll; oft wurde von mir ein Stichentscheid verlangt. Diese hitzigen Debatten wurden im Parlament fortgesetzt. In der Spardebatte vom November 2017 konnte ich mithelfen, dass die Ehe- und Familienberatungsstellen weiterhin vom Kanton mitfinanziert werden. Mit Lobbyarbeit ist es zudem gelungen, einen Finanzausgleich unter den Familienausgleichskassen einzuführen.



Markus Wenger, Grossrat, Spiez

Grossrat Markus Wenger, Spiez

Der Spiezer Unternehmer und Grossrat Markus Wenger ist Geschäftsleiter der Firma Wenger Fenster AG. Er ist seit 2013 Mitglied des Kantonsparlaments und präsidiert seit 2014 dessen Sicherheitskommission. Nachfolgend berichtet er, wie er die aktuelle Ratsarbeit erlebt.

In der letzten Grossratssession standen Sparmassnahmen im Zentrum. Welche Einsparungen schmerzen dich?

Die Massnahmen bei den Behinderten werden die kleineren Heime besonders treffen. Die Reduktion bei der Prävention ist auch überhaupt nicht im Sinne der EVP und wird langfristig kaum Kosten senken. Eine sinnvolle Zusatzfinanzierung durch eine ökologische Fahrzeugsteuer hatte zu unserem Leidwesen keine Chance. Die Kantonsfinanzen werden auch nach dieser Monsterdebatte stark unter Druck bleiben. Der Steuerwettbewerb wird weiterhin Opfer fordern. Ausgleichsmassnahmen, besonders bei der Gewinnsteuer,

müssen auf nationaler Ebene beschlossen werden.

Bei den Eheberatungsstellen konnte die EVP einen Erfolg verbuchen.

Dank dem frühzeitigen Intervenieren in den zuständigen Kommissionen ist es gelungen, dass die Ehe- und Familienberatung im heutigen Rahmen weitergeführt werden kann.

Was passiert bei den Familienausgleichskassen?

Der Regierungsrat beantragte eine Sparmassnahme mit einem Lastenausgleich unter den Ausgleichskassen. Eigentlich ein längst fälliger Schritt, der die Rechnung um 6,6 Millionen Fran-

ken entlastet. Kassen mit hohen Löhnen und unterdurchschnittlicher Kinderzahl profitierten vom heutigen System. Die sinnvolle Massnahme wurde auch dank dem Einsatz der EVP-Fraktion angenommen.

Was bezweckt der Asylsozialhilfekredit?

Wir bewilligten einen Nachkredit für die Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden für 2017. Dieser wurde nötig, weil mehr Minderjährige zu betreuen waren. Seit vielen Jahren arbeitet der Kanton mit den Kirchen zusammen und unterstützt die kirchliche Kontaktstelle für Flüchtlingsfragen. Mit dem Roten Kreuz besteht eine



langjährige Zusammenarbeit für die Rückkehr- und Perspektivenberatung. Für beide Leistungsverträge war die Bewilligung für eine weitere Zusammenarbeit bis 2019 fällig. Die Kredite lösten im Parlament eine Asyldebatte aus, wurden aber mit grossem Mehr genehmigt.

Interview: Markus Schmid

Link: www.wengermarkus.ch

STUDIENREISE

Mit der Berner EVP in Israel

Ende September nutzte eine 25-köpfige EVP-Gruppe das Angebot einer von Mideast.Tours super organisierten Studienreise nach Israel.



Ziel war es, vor Ort ein differenziertes Bild der politischen, militärischen und gesellschaftlichen Lage zu erhalten. Spannende Treffen mit dem Schweizer Botschafter, einem hohen Militärsprecher, dem reichsten palästinensischen Investor, der freiwilligen Polizei

und vielen anderen Menschen gewährten interessante Einblicke in unterschiedlichste Sichtweisen und Haltungen. Besuche auf dem Golan, an der libanesischen Grenze, im Westjordanland, in Ramallah und an anderen Hotspots wurden mit aufschlussreichen Informationen bereichert. Alle Teilnehmenden waren herausgefordert, sich aus der Fülle an Eindrücken eine eigene Meinung zu bilden.

Natürlich standen auch zahlreiche biblische und touristische Orte und Besichtigungen auf dem Programm: Bethlehem, Jordan, See Genezareth, Kapernaum, Berg der Seeligpreisungen, Karmel, das Tote Meer und Jerusalem. Hier erlebten wir den höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, besuchten Klagemauer, Gartengrab, Bethesda, Ölberg, Gethsemane und die erschütternde Holocaust-Gedänkstätte Yad Vashem.

Die EVP plant, im Jahr 2019 eine ähnliche Reise anzubieten.

*Ruedi Löffel
Grossrat, Münchenbuchsee*

Dafür hat sich die EVP eingesetzt

Die EVP-Grossratsmitglieder haben sich in der laufenden Legislatur mit viel Engagement dafür eingesetzt, dass der Kanton Bern trotz Sparmassnahmen lebenswert bleibt und seine soziale, ökologische und bildungspolitische Verantwortung weiter wahrnimmt.

Die folgende Auswahl von EVP-Vorstössen, die in der letzten Legislatur eingereicht und/oder umgesetzt wurden, ist ein eindrückliches Beispiel für die vielfältige Arbeit der EVP-Grossratsfraktion:

Damit unsere Familien nicht alt aussehen

- Umsetzung der kantonalen Familienstrategie und Neu-Priorisierung der Unterstützungsmassnahmen für Familien
- Umsetzung des Konzepts Frühe Förderung
- Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien

Damit unser Gesundheitswesen nicht zum Notfall wird

- Förderung von Organspenden
- Einführung mobile Palliative Care
- Anbindung der Krankenkassenprämienverbilligungen an die Bundesbeiträge zur Erhöhung der kantonalen Verbilligungen

Damit unsere Umwelt nicht ins Gras beisst

- Berücksichtigung der Ziele der Raumplanungspolitik bei Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Kantons
- Einführung einer ökologischen Lenkungsabgabe für die Inverkehrsetzung von Motorfahrzeugen (Prüfauftrag)
- Strengere Auflagen bezüglich Nachhaltigkeit beim Bau des Campus Biel-Bienne (Berner Fachhochschule)

Damit die Wirtschaft den Menschen dient

- Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens durch elektronische Abwicklung
- Erarbeitung einer E-Government-Strategie
- Aufhebung des Kaminfegermonopols (Prüfauftrag)
- Steuerliche Entlastung von Unternehmen mit sozialer Verantwortung

Damit unsere Kinder nicht die Zeche bezahlen

- Effizienzüberprüfung und -steigerung Kantonsverwaltung
- offener Austausch von Behörden und Behördensoftware
- Automatisierter freiwilliger Direktabzug der direkten Steuern vom Lohn

Damit unsere Bildung Bestnoten erzielt

- Mitsprache des Grossen Rates bei der Einführung und Umsetzung des Lehrplans 21
- Einsatz von Zivildienstleistenden in der Schule
- Finanzierungskonzept für die SwissSkills (Berufsmeisterschaften)

Damit unsere Werte wertvoll bleiben

- Anerkennung von Glaubensgemeinschaften durch den Staat
- Massnahmen zur Bekämpfung des islamischen Extremismus
- Vermeidung von Juxkandidaturen bei zweiten Wahlgängen

*EVP-Grossratsfraktion
(Zusammenstellung
Philippe Messerli)*

KURZNEWS

Ittiger Vorstand gestärkt

Der Vorstand der EVP-Ittigen hat Ralph Hofstetter, Berufsbildner «Lehrmeister» Technische Fachschule Bern, als Vizepräsident und Matthias Haller als Sekretär einstimmig gewählt.

Wechsel in Meikirch

Per Ende 2017 trat Ursula Wenziker aus dem Gemeinderat von Meikirch zurück. Ihr Nachfolger ist der 35-jährige Landwirt David Gerber aus Wahlendorf. Der Rücktritt erfolgte wegen Arbeitsüberlastung im Ressort Bildung, Kultur und Sport und aufwändiger Prozesse in der Gemeinde. Die EVP Meikirch ortet in beiden Bereichen dringenden Handlungsbedarf und forderte den Gemeinderat auf, Verbesserungen in die Wege zu leiten.

100-Jahr-Jubiläum in Bern

Am 25. Oktober 1917 wurde die EVP Stadt Bern als «Politische Vereinigung christlicher Bürger» gegründet. Seit 1918 ist sie ständig im Stadtparlament vertreten und präsidierte dieses zweimal. An dessen Tagungsort im Berner Rathaus fand auch die gut besuchte Jubiläumsfeier statt. Mit einer Rathausführung durch Grossrätin Barbara Streit, einem Referat von Historiker Daniel Marc Säggerer, Grussworten und einem Apéro samt Geburtstagsstorte. Fotos: www.evp-bern.ch.

Offener Brief in Belp

EVP-Ortspräsident Simon Baumann und über 40 weitere Unterzeichnende fordern in einem offenen Brief den Gemeinderat auf, die Umsetzung der vom Gemeinderat Ende 2016 beschlossenen Tempo-30-Zone im Dorfkern von Belp prioritär umzusetzen und so auch die Gemeindeinitiative «Aufwertung der Wohnquartiere» von 2009 fertig zu erfüllen. In einer Vernehmlassung begrüsst ein über 80% der Rückmeldungen eine Tempo-30-Zone.

Thuner Politlunch 2018

Am 16. Januar führten EVP und EDU im Restaurant Rathaus den traditionellen Politlunch zum Thema «Kluft zwischen Wirtschaft, Staat und Sozialem?» durch. Referent Dr. Michaël Gonin erörterte unter anderem den Sinn der Arbeit aus wirtschaftlicher und theologischer Sicht.

IMPRESSUM

Redaktionsadresse:

Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern
Tel. 031 991 78 91, bevp@evp-be.ch

Inserate:

Jordi AG, Belp, Bruno Jordi,
Tel. 031 818 01 26, bruno.jordi@jordibelp.ch.
Mediendaten: www.evp-be.ch > Parteizeitung

Geschäftsstelle:

EVP Kanton Bern, Postfach 2319, 3001 Bern
info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Adressänderungen: Bitte schriftlich an
EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, oder via
www.evppev.ch/kontakt/adressaenderung

Jahresabonnement:

Mitglieder: Fr. 5.–;
Freunde/Gönner:
Fr. 3.–
Postkonto 30-20312-1
(EVP)



Druckerei:

W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen:

Atelier Passage, Müllerstrasse 3, 2562 Port
www.atelierpassage.ch, info@atelierpassage.ch
Tel. 032 331 66 55

PROSPERITA

Die christlich-ethische
Pensionskasse

www.prosperita.ch

HINE ADON

HOTEL
APARTHOTEL

HINEADON.COM



Günstig und
einfach
drucken

printzessin.ch



Radio Freundes-Dienst
über DAB+

Jesus Christus erleben!
062 839 30 90
5023 Biberstein
Infos und Programm: radiofd.ch

Architekt Martin Aeschlimann

Der Grossrat und frühere Burgdorfer Gemeinderat Martin Aeschlimann führt als dipl. Architekt FH die Firma Aeschlimann Architekten mit fünf Mitarbeitenden. Die Energieeffizienz ist ein wichtiges Thema bei seinen Sanierungen, Um- und Neubauten.

Nach zwölf Jahren im Stadtrat von Burgdorf war er vier Jahre Gemeinderat mit dem Ressort Hochbau und Umwelt. Seit 2012 ist er im Grossen Rat, seit 2014 Mitglied in dessen Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungs-Kommission.



Martin Aeschlimann

bei energieeffizienten Gebäuden kann der Verbrauch in der Jahresbilanz gegen Null gehen. Als Architekt interessieren mich vorerst die Bauaufgaben, die solche Effizienzpotenziale erschliessen. Als Politiker setze ich mich in Kommission und Rat dafür ein, die Voraussetzungen für einen sorgsameren Umgang mit Energie und für mehr Energieeffizienz zu verbessern.

Viele Gebäude sind energetisch nicht im gewünschten Zustand. Wie reagierst du mit deiner Firma und als Politiker darauf?

Von den rund 1,7 Millionen Gebäuden mit Wohnnutzungen in der Schweiz wurden 1,1 Millionen vor 1980 erbaut. Im Jahr 1975 verbrauchte ein übliches Wohngebäude pro Quadratmeter noch 22 Liter Heizöl im Jahr. Mit der neuen Energieverordnung des Kantons sind es heute maximal 3,5 Liter,

Mit deiner Firma hast du ein Plusenergie-Wohnhaus in Meikirch realisiert. Könnten heute viele Gebäude Kleinkraftwerke werden?

Durchaus. Die technischen Möglichkeiten liegen bereit und sind bezahlbar. Leider betrachten noch viele Planer die Energietechnik eines Gebäudes als ein nebensächliches Thema, das in einen entfernten Winkel des Kellers gehört. Die Themen Energiebilanz, Nachhaltigkeit und Lebenszyklus eines Bauwerks

sollten, genauso wie Raumprogramm, Materialkonzept und Budget, einen zentralen Stellenwert in der Planung einnehmen. Als Planer sind wir stets gefordert, neue Kompetenzen zu erwerben und Innovationen anzuwenden.

Wo siehst du als Architekt und Politiker die grössten Herausforderungen bezüglich Umwelt und Raumplanung?

Die Debatte zum Energiegesetz hat deutlich gezeigt: Energieeffizienz ist nicht mehr eine Frage der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Frage ist, wie wir die mentalen Hürden in unseren Köpfen überwinden. Energiepolitik steht dabei im Spannungsfeld zwischen unseren Gewohnheiten und unserer geistigen Beweglichkeit. Wir brauchen eine neue gesellschaftliche Betrachtungsweise über den Wert von Energie. Die eigentliche Herausforderung in der Umweltpolitik sehe ich darin, die durch Effizienz erzielten

Einsparungen nicht durch wachsende Ansprüche (Mobilität, Kommunikation, Wohnfläche, Freizeitverhalten usw.) zunichte zu machen.

Du fährst als überzeugter Velofahrer teils gar zur Grossrats-session nach Bern. Welche Schritte wünschst du dir im Kanton Bern beim Verkehr?

Mehr separate Radwege :) ... Im Ernst, das

Velo könnte noch einen weit grösseren Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme in unseren Städten und Agglomerationen leisten. Städte wie Kopenhagen und Amsterdam zeigen, wie es gehen könnte. Eine breitere Sichtweise, mit Blick auf andere Mobilitätsformen, würde es dem Kanton ermöglichen, auf wachsende Verkehrsströme nicht zwangsweise mit dem Bau von neuen Umfahrungen zu reagieren.

Interview: Christof Erne

Links:

www.martin-aeschlimann.ch
www.aeschlimann-architekten.ch



FRAUENNETZWERK KANTON BERN

Im Regionalgefängnis

Das Frauennetzwerk EVP Kanton Bern führte einmal mehr einen aussergewöhnlichen Anlass durch: einen Besuch im Regionalgefängnis Burgdorf.

Das Interesse dafür war so gross, dass das Besucherkontingent eine Woche vor dem Anlass erreicht war. 50 Personen wurden in zwei Gruppen durch die verschiedenen Abteilungen des Gefängnisses geschleust. Direktor Marcel Klee Reusser, und Sicherheitsteiler Michel Krähenbühl erläuterten Sinn und Zweck der unterschiedlichen Ausstattung und Regeln jeder Abteilung. Für Personen in Untersuchungshaft gelten andere Bestimmun-

gen als für Menschen im Vollzug. Wer kommt in eine Einzelzelle und wie sieht eine Viererzelle aus? Aha, die Eisenbetten sind aus einem Stück und im Boden verankert. Ist die rosarote Zelle auch für Männer? Ja, natürlich, denn diese Farbe soll laut Studien beruhigend wirken. Aha! Zum Schutz vor Selbstgefährdung gibt es auch hier kein loses Mobiliar. Schlafstelle, Sitzgelegenheit und Toilette sind aus einem Guss





EVP-Frauen beim Schlangestehen vor dem Knast.

(Beton) und wie von rosa Zucker überzogen – eine futuristische Märchenwelt hinter Gittern. Die Besucherinnen bekamen keine sogenannte «eingewiesenen Personen» zu sehen. Wo die Zellenluken geöffnet waren, hatten die Bewohner gerade Küchendienst. Wer in der Küche oder im EDV-Recycling arbei-

tet, muss beim Verlassen einen Metalldetektor passieren, um so gefährliche Situationen (Suizid, Geiselnahme, ...) für Bewohner/innen und Personal zu vermeiden. Es war ein lehrreicher Samstagmorgen für alle Beteiligten!

Susanne Gutbrod-Kunkler

Mots d'ordre du 4 mars 2018

	Nouveau régime financier 2021	OUI
	Suppression des redevances radio et TV (No Billag)	NON
	Votons sur les plans d'études	NON
	Tram	
	Berne-Ostermundigen	OUI

Infos: www.pev-be.ch et
www.evppev.ch/fr/votations

25 MARS 2018

Elections au Conseil du Jura bernois

En même temps que les élections au Grand-Conseil ont lieu aussi les élections au parlement régional Conseil régional.

Le Conseil du Jura bernois (CJB) est notre parlement régional. Composé de 24 membres, il est le principal instrument de la loi sur le statut particulier (LStP) dont le but est de renforcer la participation politique de notre région ainsi que l'identité linguistique et culturelle de la minorité francophone. A la différence du Grand Conseil où le cercle électoral est l'ensemble du Jura bernois, les sièges au CJB sont attribués selon les anciens

districts. Le PEVJB a donc déposé une liste pour chacun des cercles électoraux.

– Actuellement, c'est dans le cercle électoral de **Moutier** que nous avons un siège qui est occupé par Jean-Marc Knuchel de Tavannes, infirmier en psychiatrie. Il sera accompagné sur la liste par Aline Liechti, Christine Bordigoni, conseillère municipale à Reconvilier, Silvain Konrad, Timothée



Jean-Marc Knuchel,
Tavannes

Valérie Oppliger,
Tramelan

Gagnebin et Rahel Geiser, tous de Tavannes.

– Dans le cercle électoral de **Courtelary** où nous tenterons de décrocher notre deuxième siège, les candidats

sont: Valérie Oppliger, Werner Liechti, Jan Muggli, Olivier Bühler, Christian Eisinger, Julian Eisinger, Nathalie Gyger-Amstutz, Simea Gyger et Patrice Liechti.

– Igor Spychiger, président du législatif communal, et Lévi Sollberger sont en liste pour le cercle électoral de **La Neuveville**.

Nous nous réjouissons particulièrement d'avoir en liste une équipe jeune et dynamique et un bon tiers de dames.

Tom Gerber, député au Grand Conseil, Reconvilier

EN DIRECT DU GRAND CONSEIL

Débats importants et positions claires du PEV

De nombreux dossiers importants et porteurs de conséquences ont marqué la dernière session du Grand Conseil pour 2017. Les positions claires du groupe PEV illustrent quelle politique les électeurs peuvent espérer en soutenant le PEV le 25 mars prochain.

Avec le «Programme d'allègement 2018», le Gouvernement visait une économie de 185



Barbara Streit

Hans Kipfer

millions de francs afin de financer une réduction des impôts pour les grandes entreprises.

Barbara Streit et **Hans Kipfer**

se sont exprimés de manière rigoureuse contre ces soi-disant propositions d'économies qui affaiblissent la prévention, qui réduisent la qualité de la prise en charge des personnes nécessitées et qui conduisent à une dégradation de la formation. L'objectif du PEV était de réduire de 45 mio de francs la baisse d'impôts proposée par la droite, afin de ne pas péjorer encore plus les personnes se trouvant dans des situations difficiles. Malheureusement, la plupart des demandes du PEV n'ont pas trouvé d'écho parmi la majorité.

Cependant, nous sommes parvenus à faire en sorte de sauver le service de conseil des églises pour les couples et les familles, le service de conseil en matière d'endettement de l'Oberland bernois et à mettre en place un mécanisme de répartition des charges entre les caisses d'allocations familiales. Lors des discussions concernant les impôts, Hans Kipfer s'est engagé avec ardeur afin de ne pas décharger uniquement les grosses entreprises, mais également les PME. La majorité a également refusé cette demande du PEV.

En ce qui concerne le traitement de la loi sur l'aide sociale, le Parlement a adopté une baisse de 8% pour tous, alors qu'il est déjà possible, actuellement, de réduire jusqu'à 30% les prestations des

bénéficiaires d'aide sociales ne coopérant pas. La députée **Melanie Beutler** s'est battue en vain contre le fait de soupçonner et de punir de manière généralisée toutes les personnes à l'aide sociale.

Quant à la loi très controversée sur la participation du canton à BKW, le PEV s'est engagé avec succès afin que le canton demeure actionnaire majoritaire. L'approvisionnement électrique est trop important afin de le laisser à des mains étrangères.



Melanie Beutler

*Ruedi Löffel
député au Grand Conseil*

Hans Kipfer veut dépasser la polarisation

Pour les élections du Conseil d'Etat, le PEV propose aux électeurs une alternative entre les blocs. Le député au Grand Conseil et gastronome Hans Kipfer partage ses motivations.

Le PEV n'a encore jamais eu de Conseiller d'Etat. Pourquoi est-ce que tu y arriverais?

Le bond dans le gouvernement est en général particulièrement difficile pour les partis

du centre. Et pourtant, c'est nous, les politiciens du centre, qui sommes essen-



Hans Kipfer, candidat PEV au Conseil d'Etat

tiels afin de dépasser les blocages et la polarisation. Grâce à mon expérience politique dans le domaine des finances – les finances sont le thème dominant – je peux participer au développement du canton.

Que ferais-tu différemment des membres du gouvernement actuel?

Il est très important pour moi de conserver et de renforcer la cohésion et la solidarité du canton. Le PEV, en tant que parti du centre chrétien, représente particulièrement bien cet objectif. Je souhaite devenir un intermédiaire entre les positions de la gauche et de la droite.

PEV BE

VOTATIONS FÉDÉRALES DU 4 MARS 2018

Non à No Billag

Les délégués du PEV Suisse ont clairement refusé l'initiative «No Billag» par 94 voix contre 5. Ils ont adopté à l'unanimité le nouveau régime financier 2021.

Aujourd'hui, la taxe Billag permet d'assurer un service public médias dans les quatre langues nationales et toutes les régions. L'initiative No Billag est une gifle cinglante contre cette diversité actuelle de la radio et télévision

et, par conséquent, également contre une information indépendante incontournable dans notre démocratie directe. L'initiative met en danger l'existence de la SSR et des 34 fournisseurs régionaux de radio et télé. Si No Billag

était acceptée, la couverture médiatique régionale et quadrilingue disparaîtrait en grande partie car commercialement non lucratif.

Celui qui paie le plus, diffuse

De plus, l'initiative vise à supprimer l'art.93, al.2 de la Constitution fédérale. Le mandat de formation, la garantie de libre formation de l'opinion, le principe d'objectivité, le mandat de prestations et la prise en considération des spécificités du pays et des besoins des can-

tons disparaîtraient. Les licences de diffusion seraient attribuées à ceux qui peuvent payer le plus. Le PEV ne peut pas accepter que les médias suisses deviennent les porte-paroles des intérêts les plus solvables et puissent être utilisés abusivement en matière de propagande politique. «Ceux qui ne souhaitent pas une «berlusconisation» du paysage médiatique suisse doivent refuser cette initiative», déclare Marianne Streiff, présidente du PEV.

PEV CH

VOTATIONS CANTONALES DU 4 MARS 2018

Non à une surpolitisation de l'école

Votations cantonales: le PEV Canton de Berne recommande de voter oui au tram Berne-Ostermundigen et non à l'initiative sur les plans d'études.

Tram Berne-Ostermundigen

Les communes d'Ostermundigen et de Berne, tout comme le Parlement cantonal, ont dit oui au tram Berne-Ostermundigen. En raison du référendum lancé contre la décision du Grand Conseil, le projet est soumis au peuple du canton. La population d'Ostermundigen compte 2500 personnes de plus qu'en 2005 et continue à croître. La ligne de bus étant constamment surchargée, les bus circulent désormais toutes les 2 minutes, au lieu de 3, aux heures de pointe. Cela ralentit le trafic et crée des embouteillages.

Un tram possède une capacité de transport bien plus élevée et ne devrait donc circuler que toutes les 6 minutes. Le tracé a été examiné attentivement. Après les travaux, des arbres seront replantés et seront plus nombreux que ceux qui auront dû être abattus.

Initiative sur les plans d'étude

L'initiative populaire «Pour un débat démocratique – Votons sur les plans d'études!» était déposée par les opposants à l'initiative sur les plans d'étude en suisse alémanique «Lehrplan 21».



L'initiative sur les plans d'étude est absurde au plan pédagogique.

Bild: Pixabay

L'initiative requiert que le décret et l'introduction de tous les plans d'études, partiels ou complets, de l'école publique, soient, rétroactivement à partir de janvier 2017, adoptés par le Grand Conseil et soumis au référendum.

Aujourd'hui, le plan d'étude est développé par un comité d'experts. Un plan d'étude n'est pas une loi. Dans la mesure où le Parlement, tout comme le peuple, ne dispose pas de compétences

professionnelles adaptées, il est absurde qu'il ait à discuter du contenu pédagogique des plans d'étude. Il s'agirait d'une surpolitisation d'une structure professionnelle. L'arrêt du plan d'étude «Lehrplan 21», qui est quasiment mis en place, aurait d'énormes conséquences en matière de coûts et apporterait une grande insécurité au sein des écoles.

Rahel Wagner / Christine Grogg